



Vorlage VA_11/2026
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 28.09.2026

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

Bericht über die aktuelle Finanzsituation

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungsdatum	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungsausschuss	Kenntnisnahme	28.09.2026	öffentlich

Klima-Auswirkung:

Gesamtergebnis des KlimaChecks:	Teilergebnis(se) des KlimaChecks:
Bei Verwendung der derzeitigen Methode konnte bei dieser Vorlage keine Klimaauswirkung festgestellt werden.	
Begründung / Einordnung / Alternativen-Prüfung:	
Es handelt sich bei dieser Vorlage um einen Bericht, der keine Auswirkungen nach sich zieht.	

Sachverhalt und Begründung:

Die Struktur des Berichtes folgt der Gliederung des Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushaltes. Um den Bericht nicht aufzublähen werden Nummern, bei denen sich keine Veränderungen ergeben, nicht aufgeführt. Aktuell sind dies z.B. im Ergebnishaushalt die „Aufgelösten Investitionszuwendungen und -beiträge“ (Nr. 3) und die „Versorgungsaufwendungen“ (Nr. 13). Für einen schnellen

Überblick empfiehlt es sich folgende Kapitel anzuschauen:

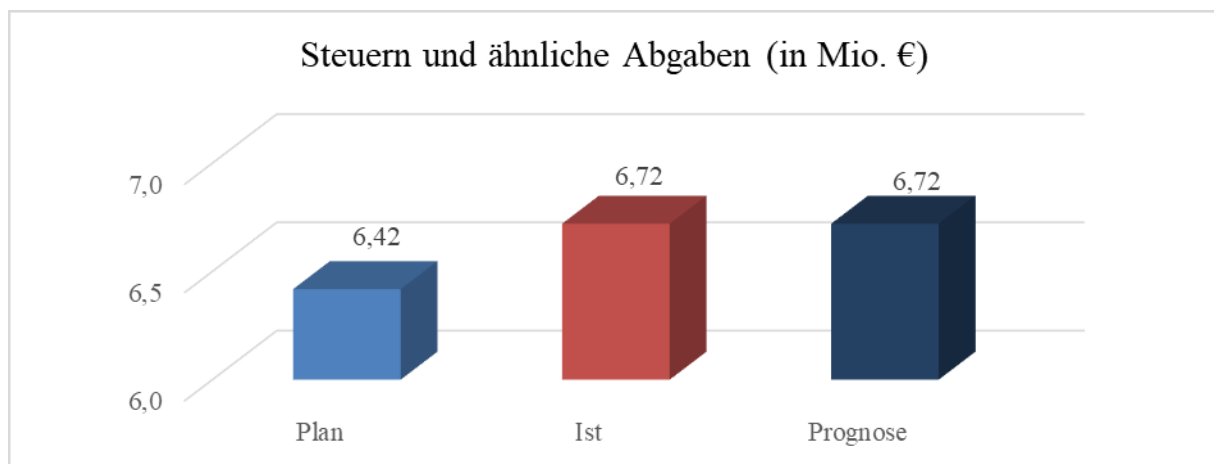
- 1.C. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Seite 13)
- 2.D. Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands und voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende (Seite 21)
3. Zusammenfassung (Seite 22)

Bei den in der Spalte „Ist“ angegebenen Werten handelt es sich um die Finanzzahlen zum Stichtag 02.07.2026.

1. Prognose Ergebnishaushalt

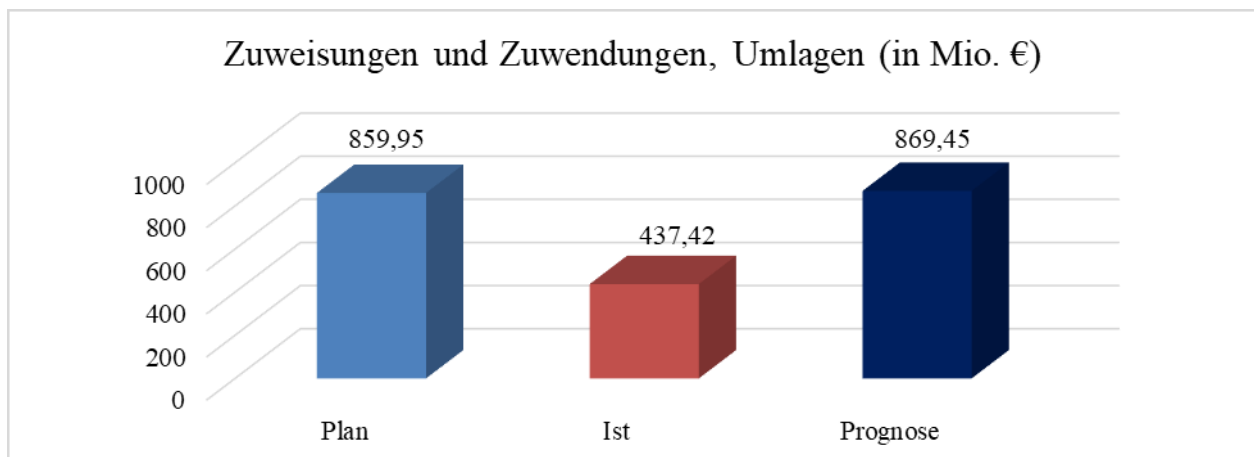
A. Ordentliche Erträge

Nr. 1	Plan	Ist	Prognose
Steuern und ähnliche Abgaben	6.418.000 €	6.720.184 €	6.720.184 €



Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben wurden dem Landkreis im Rahmen der Wohngeldentlastungszahlung durch das Land für 2025 ein um 302.184 € höherer Betrag zugewiesen als im Planansatz vorgesehen war.

Nr. 2	Plan	Ist	Prognose
Zuweisungen, Zuwendungen, Umlagen	859.946.219 €	437.423.181 €	869.447.300 €



Bei den Zuweisungen werden Mehrerträge in Höhe von 9.501.081 € prognostiziert.

Wesentliche Veränderungen:

Im Bereich der Schulen wird aufgrund der höheren Schülerzahl aus der Schulstatistik (Stand 10/2025) mit rund 470 T€ mehr Sachkostenbeiträgen gerechnet.

Für den Bereich Klimaschutz ergibt sich eine Konnexitätszahlung des Landes gem. § 29 f Abs. 1 KlimaG BW, in dem Landkreise verpflichtet werden, jeweils für ihr Gebiet ein sogenanntes „Klimaanpassungskonzept“ zu erstellen und zu beschließen. Hierdurch ergibt sich ein Mehrertrag in Höhe von 179 T€, der aufgrund der aktuell nicht vorhandenen Umsetzungsmöglichkeit im Jahr 2027 Verwendung finden wird.

Im Bereich Asyl ist die für das Jahr 2026 erwartete Erstattung des Landes für die Asylbewerber, die nicht mehr vorläufig untergebracht sind (Geduldete), für das Bezugsjahr 2024 zum Jahresbeginn eingegangen und um rund 425 T€ höher ausgefallen als erwartet. Da der Erhebungsbogen für das Berichtsjahr 2025 bereits vorliegt, kann dieses Jahr noch mit einer weiteren Erstattung in Höhe von rund 11,5 Mio. € gerechnet werden. Somit ergibt sich ein Plus von rd. 11,9 Mio. €.

Für die Kindertagespflege wird im Rahmen der Zuweisungen nach § 29c FAG derzeit mit Mehrerträgen in Höhe von 200 T€ gerechnet.

Für den Pflegestützpunkt wurden im Bereich Soziales, Pflege und Versorgungsangelegenheiten rund 130 T€ Mehrerträge von den Krankenkassen vereinnahmt.

Als weiterer Mehrertrag wurde bei den Schlüsselzuweisungen eine Abschlusszahlung für das Jahr 2025 in Höhe von 593 T€ verbucht.

Der Bereich „Bauen und Immissionsschutz“ rechnet derzeit mit insgesamt rund 814 T€ weniger Einnahmen. Maßgeblich verantwortlich ist die geringere Anzahl an erteilten Baugenehmigungen, die mit Einbußen in Höhe von voraussichtlich 550 T€ einhergeht, was vor allem der noch andauernden personellen Überlastungssituation geschuldet ist. Des Weiteren schlagen sich Verzögerungen in regionalplanerischen Verfahren des Verbands Region Stuttgart (Teilfortschreibungen der Regionalpläne für Windenergieanlagen sowie für Steinbrüche) und damit auch die Gebührentscheidungen in Mindererträgen bei den immissionsschutzrechtlichen Maßnahmen in Höhe von voraussichtlich 180 T€ nieder.

Im Bereich der Vermessung und Flurneuordnung wird aufgrund des aktuell geringeren Bedarfs für Dienstleistungen mit 185 T€ weniger Einnahmen gerechnet.

Im Bereich Bußgeldangelegenheiten können, aufgrund einer seit längerer Zeit unbesetzten Stelle, weniger Betriebsprüfungen vorgenommen werden. Das führt voraussichtlich zu einem Minderertrag in Höhe von 150 T€.

Der Bereich Recht und Ordnung rechnet derzeit mit rund 70 T€ weniger Gebühreneinnahmen für Einbürgerungsverfahren. Dies liegt an einer aktuell bestehenden personellen Fluktuation und langwierigen Nachbesetzungsverfahren.

Im Bereich Bevölkerungsschutz wird mit geringeren Zuweisungen für Kreisausbildungen in Höhe von 100 T€ gerechnet. Der entsprechende Aufwand entfällt in gleicher Höhe (siehe Kapitel 1.B Nr. 14).

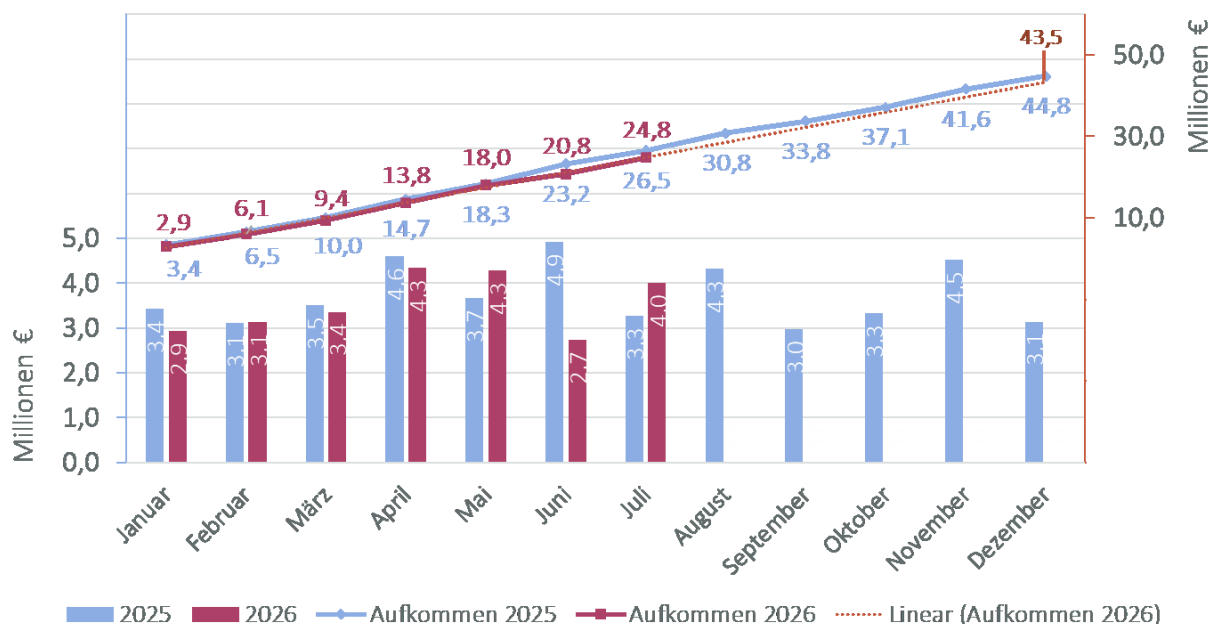
Bei den Landeszuweisungen für die Grundsicherung im Alter nach dem 4. Kapitel des SGB XII, wird mit einem um 700 T€ verminderten Ertrag gerechnet. Damit läge der erwartete Ertrag bei 43,7 Mio. € gegenüber 44,4 Mio. € im Planansatz.

Im Jobcenter wird für die Umsetzung der Grundsicherung ALG II (hier Leistungen für Unterkunft und Heizung) mit einem verringerten Ertrag in Höhe von 2,5 Mio. € gerechnet, der auf die Minderaufwendungen des Landkreises im Bereich der Transferaufwendungen zurückzuführen ist. Dieser ist folglich ein durchlaufender Posten und stellt damit keine Verschlechterung des laufenden Haushalts dar.

Im Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft ergab der Bescheid vom 26.03.2026 einen Minderertrag in Höhe von rund 540 T€ gegenüber dem Planansatz (2,6 Mio. €) für den „Sonderlastenausgleich Flucht und Migration“.

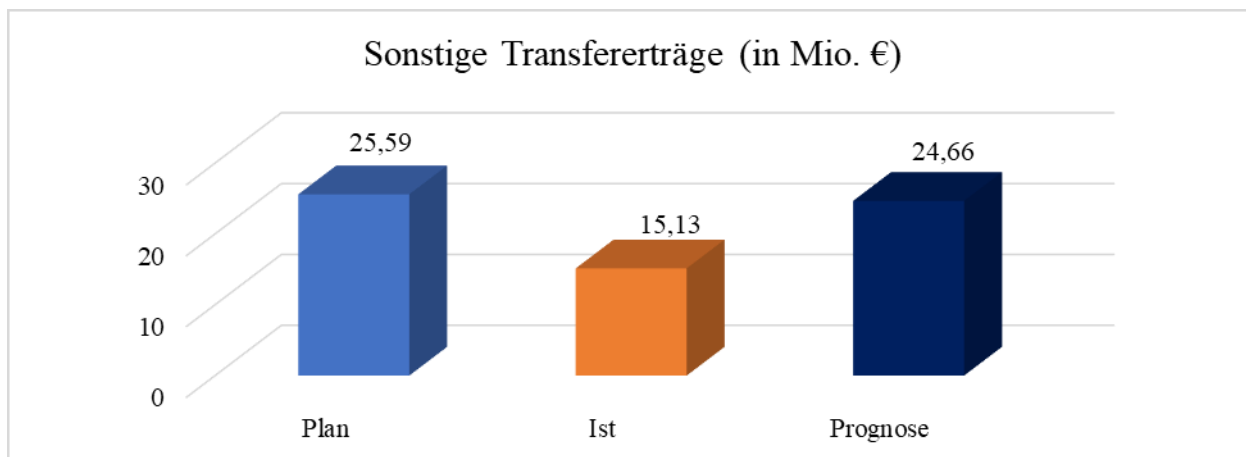
Positiv verläuft die Entwicklung bei der Grunderwerbssteuer:

Entwicklung der Grunderwerbsteuer 2025 / 2026



Die Aufkommensentwicklung verläuft, abgesehen vom Aufkommen im Juni, bislang stabil. Auf dieser Basis kann statt der geplanten 42,0 Mio. € mit einem geschätzten Aufkommen von 43,5 Mio. € gerechnet werden. Es werden also Mehrerträge von 1,5 Mio. € erwartet.

Nr. 4	Plan	Ist	Prognose
Sonstige Transfererträge	25.586.900 €	15.133.900 €	24.664.619 €



Bei den sonstigen Transfererträgen werden Mindererträge in Höhe von 922.281 € erwartet.

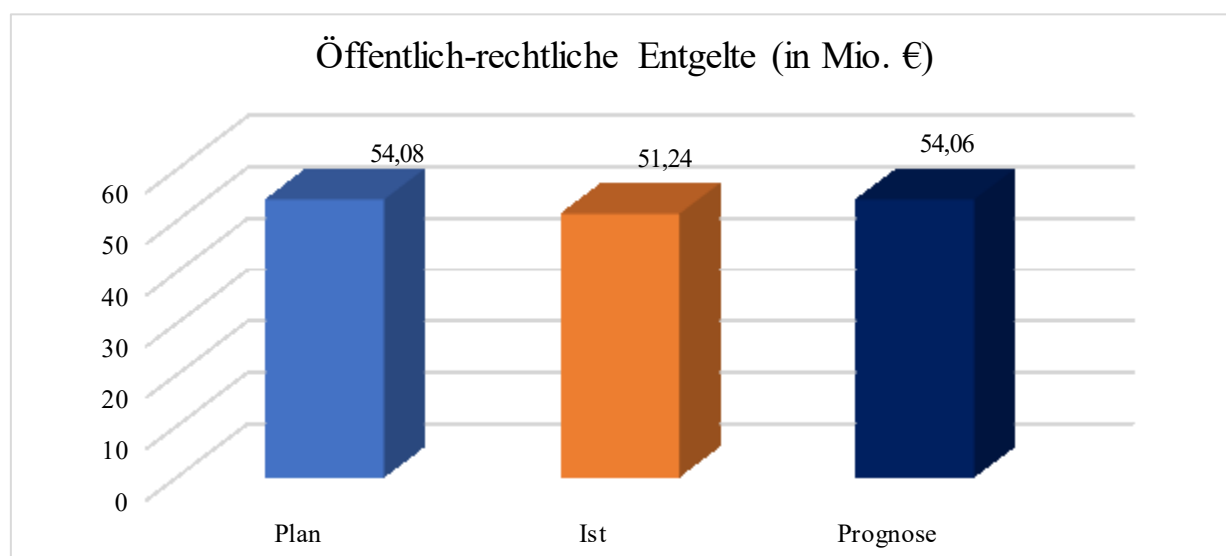
Wesentliche Veränderungen:

Im Bereich Asyl zeichnen sich bei den Hilfen für Flüchtlinge geringere Transfererträge von rund 300 T€ ab, was im Wesentlichen mit den rückläufigen Flüchtlingszahlen zusammenhängt. Im Bereich Besondere Soziale Hilfen werden insgesamt rund 1,4 Mio. € weniger an Erträgen prognostiziert. Maßgeblich sind hier u.a. die Erstattungen für Pflegeleistungen nach SGB IX mit einem Minderertrag in Höhe von rund 700 T€ und für die Hilfe zur Pflege, die mit rund 1 Mio. € Minderertrag prognostiziert wird. Das wird in Teilen durch mögliche Mehrerträge im Bereich der

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit von rund 370 T€ ausgeglichen. Dass die in der Haushaltskommission für 2026 beschlossenen Maßnahmen (Personalaufbau für die Einnahmearbeit) noch nicht abgeschlossen sind, wirkt sich ebenfalls negativ auf die Einnahmenseite aus, weshalb die erwarteten Effekte in diesem Jahr nur teilweise greifen werden.

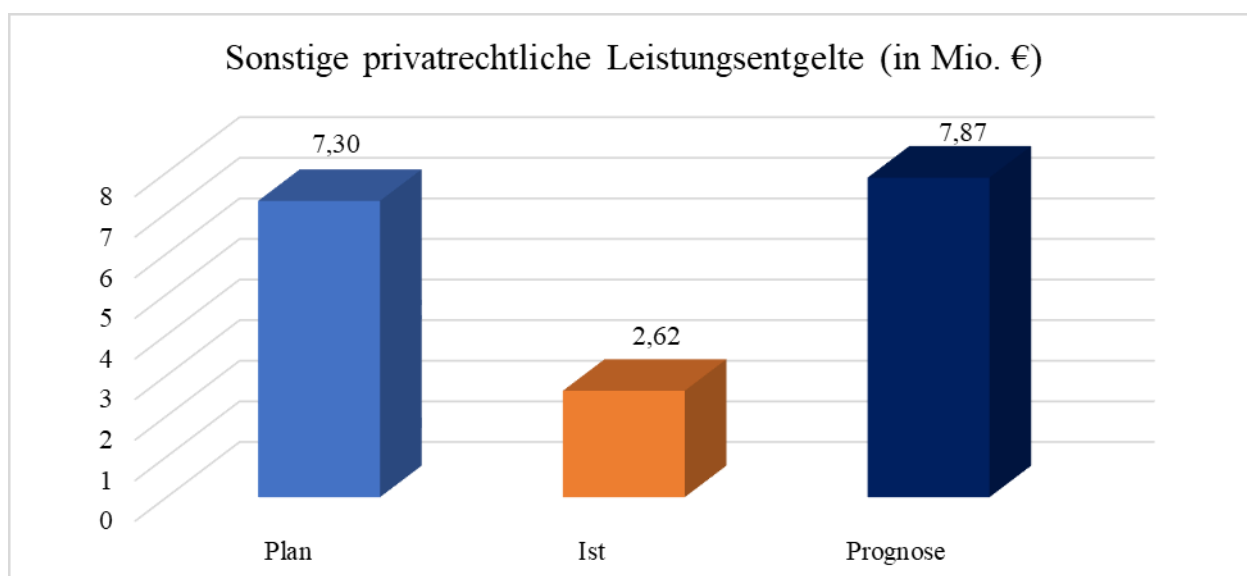
Im Bereich des Jobcenters wird insgesamt mit einem um rund 870 T€ höheren Ertrag gerechnet. Da es sich um durchlaufende Posten handelt, wirkt sich dieser Ertrag nicht auf den Haushalt insgesamt aus.

Nr. 5	Plan	Ist	Prognose
Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	54.077.799 €	51.240.597 €	54.055.223 €



Bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten entstehen voraussichtlich geringe Mindereinnahmen in Höhe von 22.576 €.

Nr. 6	Plan	Ist	Prognose
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	7.297.900 €	2.620.503 €	7.871.404 €



Bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten werden Mehrerträge in Höhe von 573.504 € erwartet.

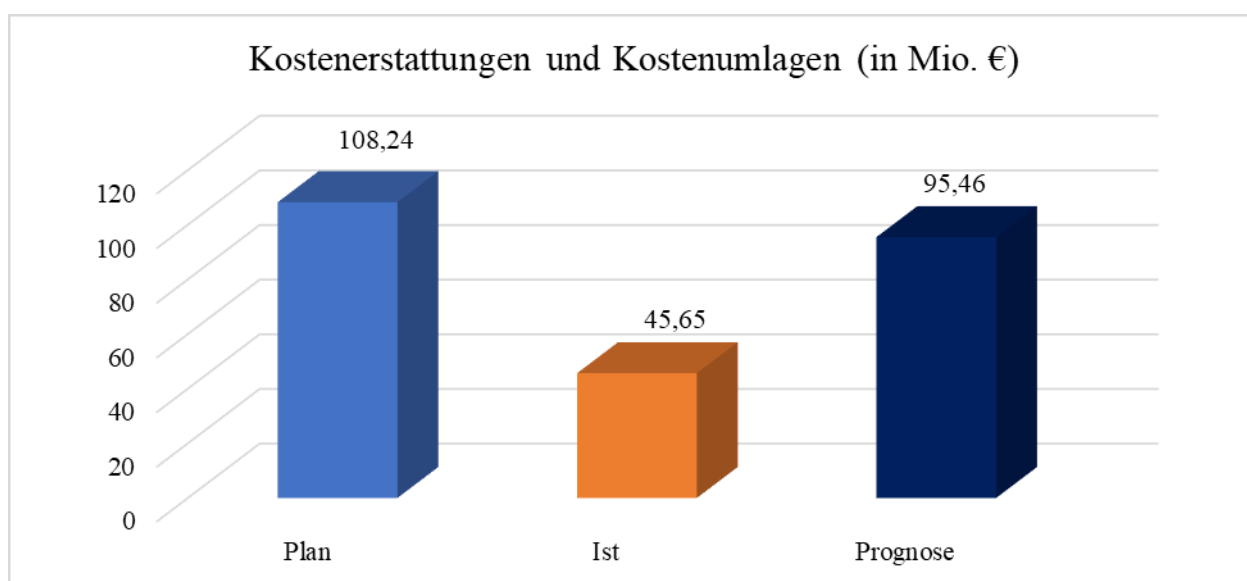
Wesentliche Veränderungen:

Im Bereich Asyl werden durch Rückerstattungen von Vermietern aufgrund von zu hohen Betriebskostenvorauszahlungen Mehrerträge von 125 T€ erwartet.

Außerdem prognostiziert der Bereich Besondere Soziale Hilfe Mehrerträge in Höhe von rund 213 T€ bei der Teilhabe an Bildung.

Die weiteren Steigerungen kommen durch mehrere Kleinbeträge zustande.

Nr. 7	Plan	Ist	Prognose
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	108.237.005 €	45.648.601 €	95.460.210 €



Bei den Kostenerstattungen werden Mindereinnahmen in Höhe von 12.776.795 € erwartet.

Wesentliche Veränderungen:

Im Bereich des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) sind rund 25 Mio. € an Landeserstattungen eingeplant. Dies entspricht den für 2026 prognostizierten BTHG-bedingten Ausgaben der Eingliederungshilfe. Das setzt jedoch voraus, dass das Land alle Erstattungen noch innerhalb 2026 leistet. Dies ist in der Praxis aktuell leider noch immer nicht der Fall.

So hat das Land aktuell lediglich rund 7,5 Mio. € an Abschlägen für 2026 bezahlt. Es ist aktuell davon auszugehen, dass weiterhin noch eine Schlussrechnung für das Jahr 2024 fließen wird. Außerdem ist davon auszugehen, dass noch eine weitere Abschlagszahlung für das Jahr 2025 eingehen wird. Die Verwaltung rechnet insoweit bis Dezember mit weiteren Zahlungen des Landes in Höhe von insgesamt 5,0 Mio. €. Damit müsste mit Blick auf das Rechnungsergebnis 2026 mit Mindererträgen von insgesamt rund 12,5 Mio. € gerechnet werden.

Somit wird erneut eine Verzögerung bei den Landeserstattungen sichtbar. Diese fehlenden Erstattungen für 2026 und weitere Erstattungen für 2025 erfolgen dann ab 2027 und werden erst dort kassenwirksam.

In politischer Hinsicht ist die Ausgiebigkeit und der Zeitpunkt von Landeserstattungen zum BTHG

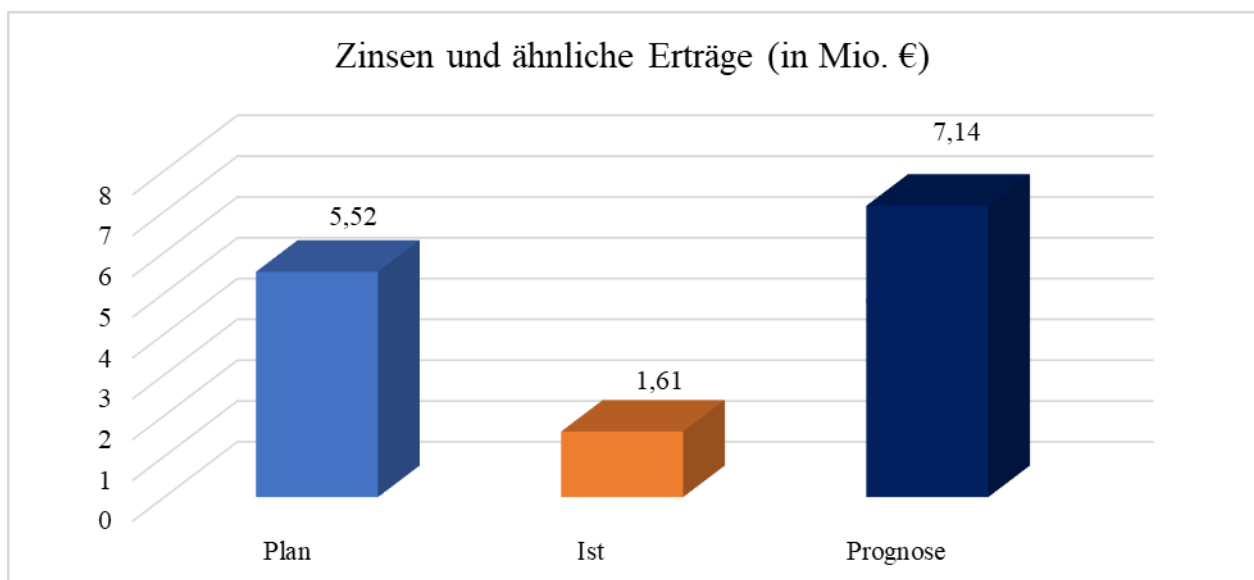
ein Thema, das von den kommunalen Landesverbänden aktuell mit höchster politischer Priorität verfolgt wird. Es handelt sich um ein Problem, das derzeit alle Landkreise in Baden-Württemberg beschäftigt – dies vor allem auch mit Blick auf die aktuelle Finanzsituation der Landkreise in Baden-Württemberg. Es finden derzeit laufende Gespräche mit dem Sozial- und Finanzministerium Baden-Württemberg in der Sache statt, die Forderungen der kommunalen Landesverbände laufen auf eine prozentuale Pauschalerstattung hinaus. Damit soll eine ausgiebige und gut planbare Erstattungspraxis umgesetzt werden.

Auch die neue Landesregierung hat das Problem mittlerweile eingestanden und sichert im Koalitionsvertrag zu, sich mit einem substanziellen pauschalen Anteil an den Nettobelastungen der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe beteiligen zu wollen. Ein verwaltungsarmer Ausgleich der BTHG-bedingten Mehrkosten solle zeitnah eingeführt werden. Es besteht Einigkeit, dass die Erstattungspraxis des Landes dringend angepasst werden muss.

Im Asylbereich werden die erwarteten Landeserstattungen für Leistungsausgaben, Krankenausgaben sowie sonstige Erstattungen im Sozialbereich (u.a. für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen) voraussichtlich um insgesamt rund 3,9 Mio. € unterschritten, was u.a. auf die niedrigen Zuweisungszahlen im Jahr 2026 und die allgemein sinkenden Zahlen zurückzuführen ist.

Im Bereich Straßen ergeben zusätzliche Sondermittel des Landes für die Durchführung von Maßnahmen an Landesstraßen, überwiegend der Ausbau der L 1110 zwischen Ochsenbach und Eibensbach und Landesstraßenmaßnahmen in Remseck, einen Mehrertrag in Höhe von 4,1 Mio. €. Einnahmen und Ausgaben werden sich hier decken.

Nr. 8	Plan	Ist	Prognose
Zinsen und ähnliche Erträge	5.521.679 €	1.605.884 €	7.137.589 €



Bei den Zinsen und ähnlichen Erträgen wird mit Mehrerträgen in Höhe von 1.615.910 € gerechnet.

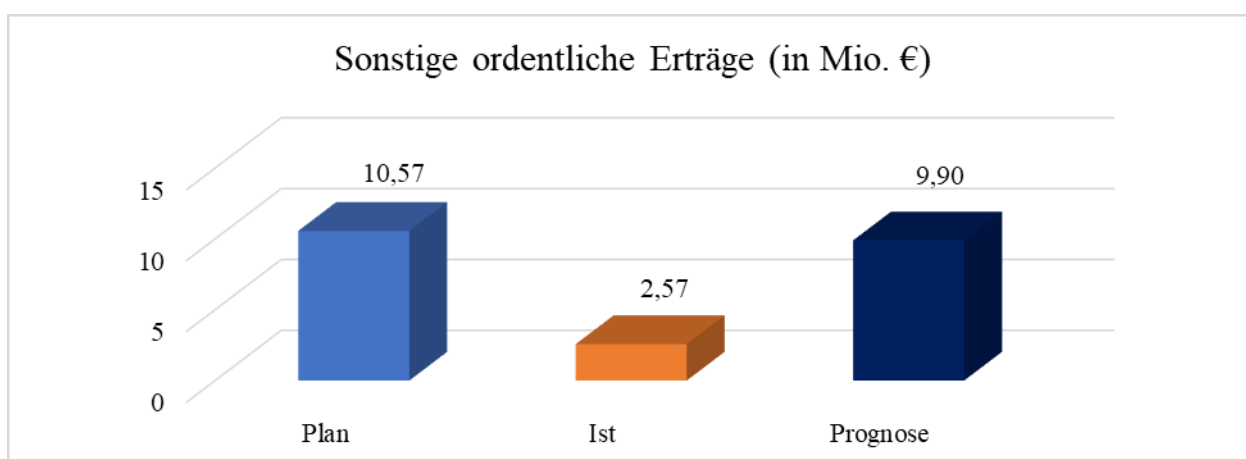
Wesentliche Veränderungen:

Die Gewinnausschüttung aus dem Abschluss 2025 der AVL fällt voraussichtlich rund 1,5 Mio. € höher aus als im Planansatz vorgesehen. Durch den höheren Gewinn sind aber auch die Steuern höher als geplant (siehe Kapitel 1.B Nr. 18).

Die Kreiskasse rechnet aktuell mit höheren Zinserträgen in Höhe von insgesamt 95 T€. Der

Kassenkreditbedarf der Kliniken und die Frage, in welchem Umfang die Kreiskasse selbst Kassenkredite aufnehmen muss, um ihnen diese gewähren zu können, ist bei der Erstellung des Haushaltsplans schwer abschätzbar. Aus heutiger Sicht erscheinen um 69 T€ höhere Zinserträge von den Kliniken als realistisch. Bei den Zinserträgen von Kreditinstituten kann mit weiteren Mehrerträgen von 26 T€ gerechnet werden.

Nr. 10	Plan	Ist	Prognose
Sonstige ordentliche Erträge	10.569.071 €	2.574.807 €	9.896.805 €

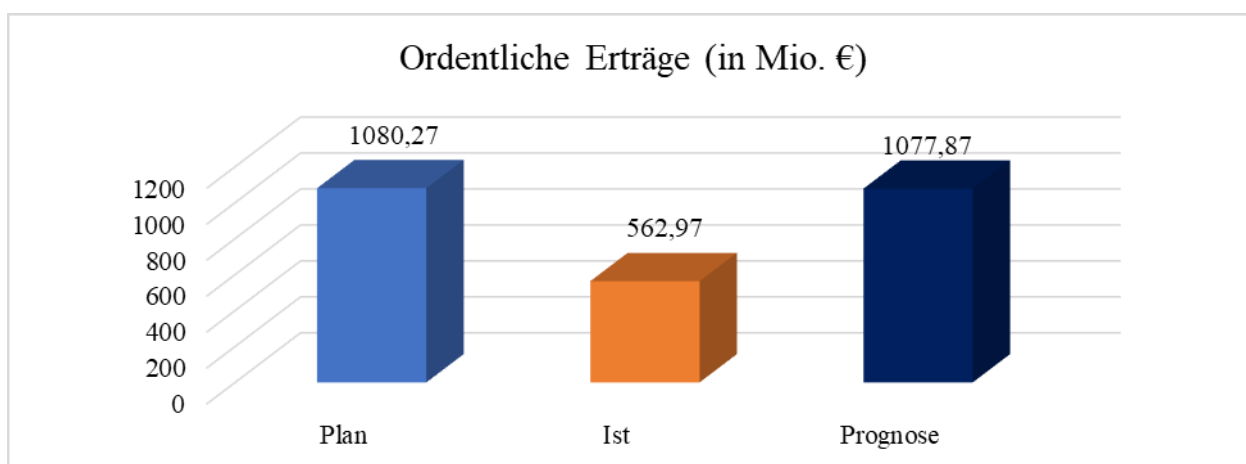


Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen werden Mindereinnahmen in Höhe von 672.266 € erwartet.

Wesentliche Veränderungen:

Im Bereich der Bußgeldangelegenheiten ist mit geringeren Bußgeldern in Höhe von rund 670 T€ zu rechnen. Der Krankenstand im Geschäftsteil und die Einarbeitung neuer Sachbearbeiter dauern an. Bei den Fallzahlen ist ein Rückgang zu verzeichnen, u.a. durch die hohen Spritpreise und die Assistenzsysteme in neuen Fahrzeugen, die vor Geschwindigkeitsüberschreitungen warnen. Ein großer Einschnitt wird auch durch die Erneuerung der Öhler-Kreuzung in Marbach sowie der Murr-Brücke bei Benningen und die damit verbundenen großräumigen Umleitungen der Verkehrsströme erwartet.

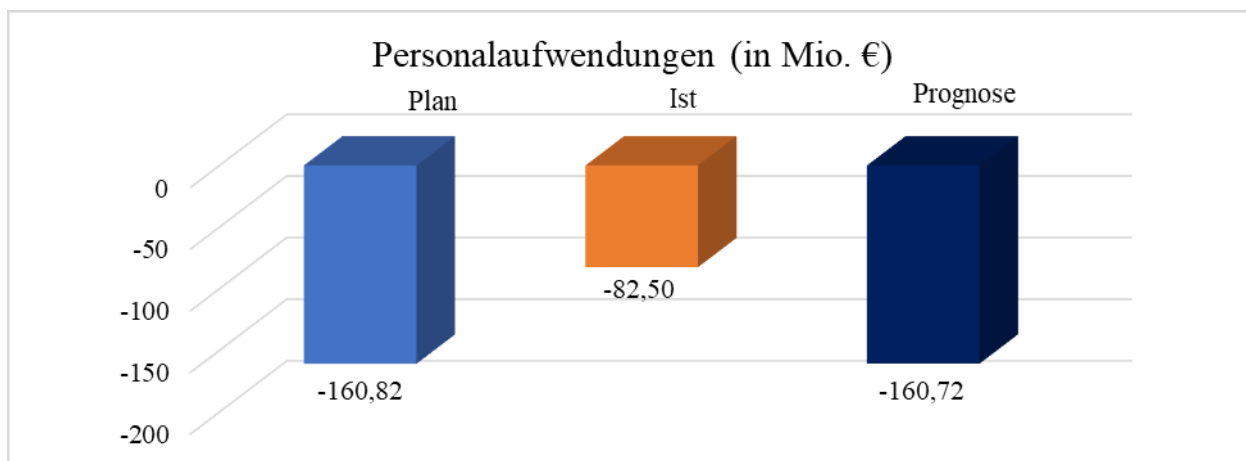
Nr. 11	Plan	Ist	Prognose
Ordentliche Erträge	1.080.268.154 €	562.967.657 €	1.077.866.915 €



Aufgrund der dargestellten Veränderungen wird insgesamt mit 2.401.240 € geringeren ordentlichen Erträgen gerechnet.

B. Ordentliche Aufwendungen

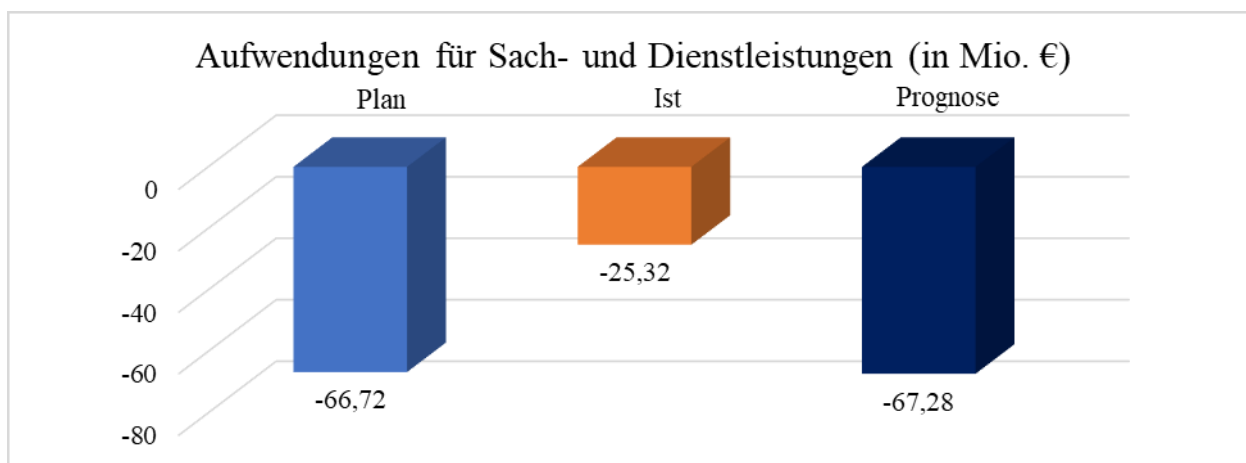
Nr. 12	Plan	Ist	Prognose
Personalaufwendungen	-160.819.298 €	-82.497.650 €	-160.719.298 €



In der Haushaltsplanung für 2026 wurde für die Beschäftigten eine Tarifierhöhung von durchschnittlich 5% angenommen. Zum Zeitpunkt der Planung gab es noch kein Tarifiergebnis für 2026. Durch das Tarifiergebnis ergibt sich für das Haushaltsjahr 2026 eine durchschnittliche Steigerung von 4,98 %.

Für die Beamten wurde bei der Haushaltsplanung eine Besoldungssteigerung von durchschnittlich 2,5 % berücksichtigt. Laut Ankündigung der Landesregierung vom Februar 2026 soll das Tarifiergebnis des TV-L auf die Beamten übertragen werden. Dies hätte einen durchschnittlichen Steigerungsbetrag von 2,1 % im Jahr 2026 und damit Einsparungen von ca. 100 T€ zur Folge. Das entsprechende Gesetz ist noch nicht verabschiedet worden.

Nr. 14	Plan	Ist	Prognose
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-66.718.494 €	-25.321.547 €	-67.282.860 €



Bei den Sach- und Dienstleistungen werden Mehraufwendungen in Höhe von 564.366 € erwartet.

Wesentliche Veränderungen:

Durch die Verwendung der höheren Sondermittel des Landes (siehe Kapitel 1.A. Nr. 7) rechnet der

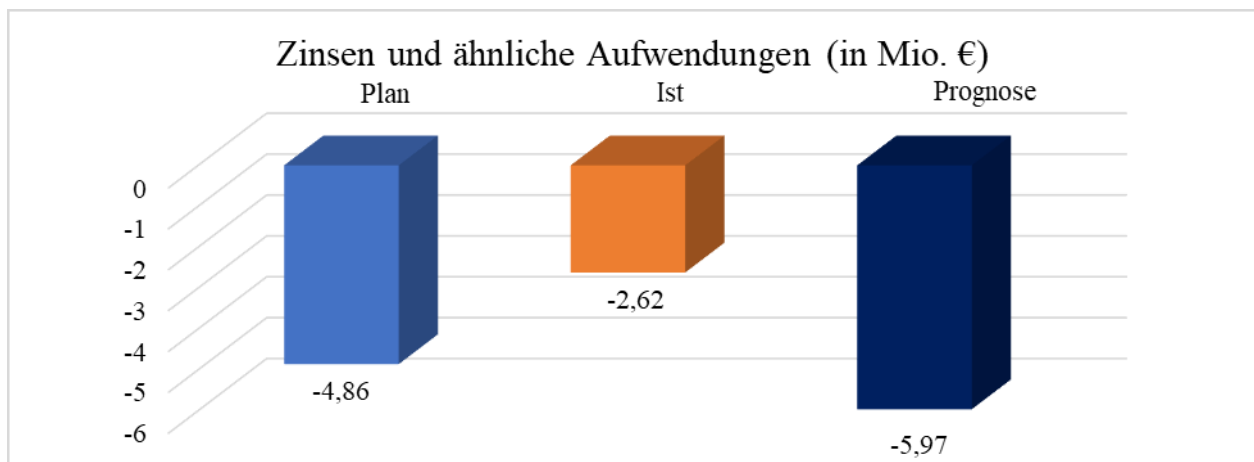
Bereich Straßen bei der Unterhaltung der Landesstraßen mit Mehraufwendungen von 4,1 Mio. €. Im Bereich Gebäudemanagement und Liegenschaften werden die beim Jahresabschluss 2025 für die Gebäudeunterhaltung gebildeten Ermächtigungsüberträge voraussichtlich voll ausgeschöpft. Aufgrund dessen werden Mehraufwendungen von rund 2,2 Mio. € prognostiziert.

Im Bereich Digitalisierung und IT wird aktuell mit einem Minderaufwand in Höhe von 2,6 Mio. € gerechnet. Dies liegt an derzeit noch ausstehenden Projekten und Beschaffungen, deren Umsetzung noch mit Unsicherheiten versehen sind. Im Bereich der Schulen werden Minderaufwendungen in Höhe von 400 T€ für den EDV-Support erwartet.

Zusätzlich können vom neu geschaffenen Innovationsbudget in diesem Jahr voraussichtlich erst Projekte in Höhe von insgesamt 1,5 Mio. € umgesetzt werden.

Im Bereich Asyl ergeben sich Minderaufwendungen von rund 1,0 Mio. €. Unter anderem ist das auf die Auflösung diverser Standorte zum Ende des Jahres 2025 zurückzuführen, wodurch die Kosten für das Catering vollständig und weitere damit verbundene Kosten (u.a. Schädlingsbekämpfung) anteilig wegfallen.

Nr. 16	Plan	Ist	Prognose
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.862.178 €	-2.619.971 €	-5.965.445 €

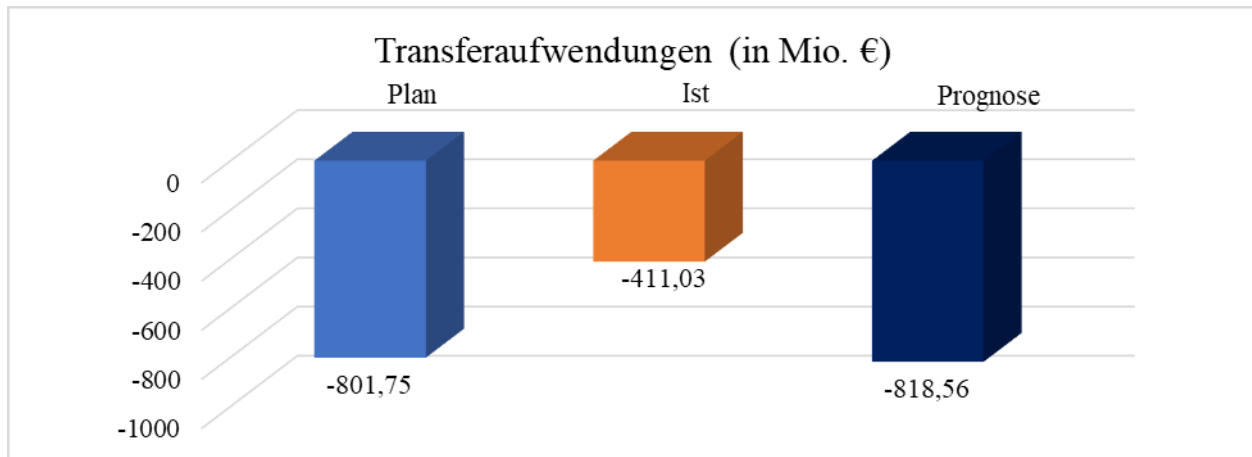


Bei den Zinsaufwendungen wird mit einem um 1.103.267 € erhöhten Aufwand gerechnet.

Wesentliche Veränderungen:

Die Betriebsmittelkredite an die Kliniken werden inzwischen mit einem Anteil von ca. 60 % über sog. Durchleitungskredite refinanziert, da sich die überschüssige Liquidität der Kreiskasse zunehmend reduziert. Dies hat zur Folge, dass die auf der Ertragsseite geplanten Habenzinsen durch Sollzinsen ersetzt werden, während auf der Aufwandsseite die Sollzinsen für aufgenommene (Kliniken induzierte) Kassenkredite zusätzlich zu finanzieren sind. Aktuell ist damit zu rechnen, dass sich die Aufwendungen für Kassenkreditzinsen um 1,2 Mio. € erhöhen werden. Hinzu kommen noch 60 T€ an voraussichtlichen Zinsaufwendungen an die AVL für Sollzinsen aus Tagesgeldmarktdarlehen, welche zum Teil durch die Kliniken verursacht sind und somit auch an die Kliniken weiter berechnet werden können.

Nr. 17	Plan	Ist	Prognose
Transferaufwendungen	-801.746.897 €	-411.033.269 €	-818.558.606 €



Bei den Transferaufwendungen wird ein Mehrbedarf von 16.811.709 € prognostiziert.

Wesentliche Veränderungen:

Im Bereich Verkehr werden rund 460 T€ weniger Aufwendungen erwartet. Dies kommt maßgeblich durch die Ausgleichsleistungen für das Deutschlandticket, die in der Prognose rund 322 T€ niedriger ausfallen dürften.

Der Bereich Asyl rechnet mit Minderausgaben in Höhe von insgesamt rund 4,4 Mio. €. Die Unterschreitung des Planansatzes ist auf geringere Zuweisungen im Jahr 2026 sowie die rückläufigen Fallzahlen zurückzuführen. Im laufenden Jahr 2026 (einschließlich Mai) sind beim BAMF 34.925 Erstanträge und 15.368 Folgeanträge auf Asyl eingegangen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Zahl der Erstanträge um 35,3 Prozent gesunken. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 168.543 Asylanträge in Deutschland gestellt, 2024 waren es 250.945 Asylanträge, 2023 insgesamt 351.915 Asylanträge.

Im Jobcenterbereich wird mit einem Minderaufwand von insgesamt rund 1,6 Mio. € gerechnet. Ursächlich hierfür sind die Kosten der Unterkunft, bei denen die im Jahr 2025 prognostizierten Steigerungen nicht in der hochgerechneten Höhe eingetreten sind. Allerdings bleibt die weitere Entwicklung auf Grund der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Lage abzuwarten. Diesen stehen Mehraufwendungen für das Bildungs- und Teilhabepaket gegenüber, weil immer mehr Menschen Anspruch auf diese Leistungen haben.

Der Bereich Bevölkerungsschutz weist einen Mehrbedarf bei der Zuweisung an die ILS gGmbH in Höhe von rund 193 T€ aus. Bei der Haushaltsplanung war anstelle des Bruttobetrags versehentlich der Nettobetrag verwendet worden.

Im Bereich der Jugendhilfe wird mit einer Überschreitung des Planansatzes in Höhe von rund 5,0 Mio. € gerechnet. Hintergrund ist, dass in den Monaten 01-03/2026 aufgrund eines EDV-technischen Problems Zahlungen fälschlicherweise dem Haushaltsjahr 2026 und nicht dem Haushaltsjahr 2025 zugeordnet worden sind.

Im Fachbereich Besondere Soziale Hilfen wird in Summe mit einem Mehraufwand in Höhe von rund 18,395 Mio. € gerechnet. Hiervon entfällt der Großteil mit rund 16,195 Mio € auf den Bereich der Eingliederungshilfe. Es gibt hierfür 3 Ursachen:

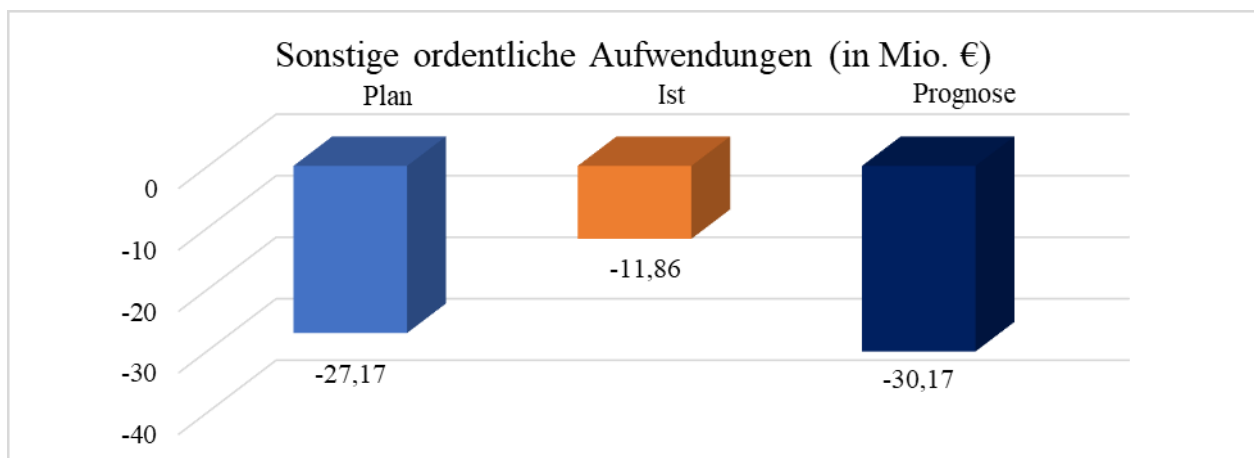
- Der Hauptteil der Planüberschreitung in Höhe von 9,9 Mio € folgt aus prognostizierten Nachzahlungen, die für 2024 und 2025 geleistet werden müssen. Diese Summen hätten eigentlich schon im Rahmen der Umstellung der Fälle auf das BTHG in 2024 und 2025 abfließen müssen und waren in den dortigen Planungen eingestellt. Durch Personalvakanz

haben sich die aufwändigen Umstellungsprozesse hier aber im weiteren Verlauf deutlich verzögert und konnten zum Teil erst 2025 und 2026 abgeschlossen werden. Die Rechnungsergebnisse 2024 und 2025 wurden dementsprechend um (Prognose) 4,5 Mio. € bzw. 5,4 Mio. € entlastet. Eine nochmalige Einstellung in das Haushaltsjahr 2026 ist bewusst unterblieben, da die Zahlungen sonst doppelt in den Kreishaushalt eingestellt worden wären.

Durch „Power Weeks“ des Sozialdezernats, in denen sich die Mitarbeitenden ausschließlich mit der Umstellung der Fälle auf den Landesrahmenvertrag beschäftigen sollten, sowie eine entsprechende Priorisierung der Abläufe, ist Stand 31.08.2026 nun mittlerweile 93,87% des Fallbestands umgestellt (Anfang 2025 lag der Umstellungsstand noch bei gerade einmal rund 40 %). Die derzeitige Organisationsuntersuchung im Bereich EGH soll den Prozess hier weiter unterstützen und die Strukturen optimieren. Falls die Fälle bis Ende des Jahres wider Erwarten nicht zu 100% umgestellt werden können, würde ein Teilbetrag der o.g. Nachzahlungen erst 2027 abfließen.

- Der in Ordnungsziffer 42-2 beim (RE-) Set 2026 vorgesehene Einsparbetrag in Höhe von 8,8 Mio € wurde Stand 31.08.2026 zu rund 6 Mio € erreicht. Der Minderbetrag in Höhe von 2,8 Mio € ist weiter in Bearbeitung und nur vorläufig im oben genannten Defizit eingestellt.
- Der restliche Betrag in Höhe von 3,495 Mio € ist auf Planungsabweichungen zurückzuführen. Die regulären Kostensteigerungen aufgrund von Fortschreibungen und Dynamisierungen der Entgeltsätze sind höher ausgefallen, als in der Planung angenommen. Zudem gab es Fallzahlensteigerungen.

Nr. 18	Plan	Ist	Prognose
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-27.171.187 €	-11.864.028 €	-30.172.973 €



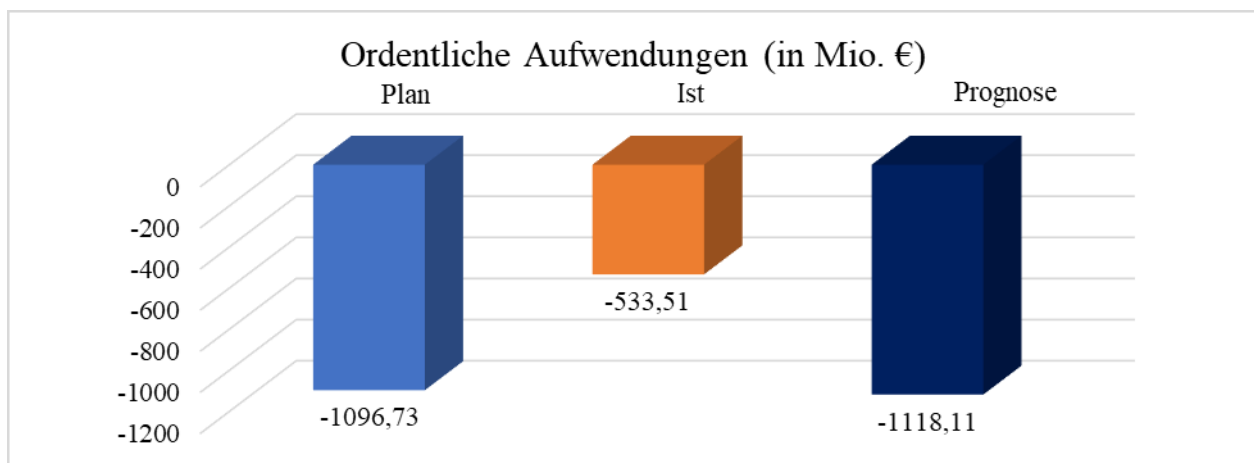
Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen eine Verschlechterung in Höhe von 3.001.786 € prognostiziert.

Wesentliche Veränderungen:

Rund 220 T€ an Mehraufwendungen entfallen auf den Bereich Kreisentwicklung, Klima, Mobilität und Tourismus, wobei es sich hier maßgeblich um die Ausschöpfung der Ermächtigungsüberträge aus dem Jahr 2025 handelt. Im Bereich Verkehr wird ein Mehraufwand von insgesamt 822 T€ prognostiziert. Stark zunehmende Schülerzahlen an den SBBZs im Schuljahr 2026/2027 führen in diesem Jahr bereits zu einem Mehraufwand von 700 T€ für die Sonderbeförderungen. Die restlichen 100 T€ Mehraufwand fallen für Erstattungen an andere Stadt- und Landkreise für Schülerbeförderungskosten an. Im Bereich Asyl wird mit Mehraufwendungen in Höhe von rund 1,61 Mio. € gerechnet. Für die Aufgabe von verschiedenen Standorten wurden 100.000 € als Auf-

wand für Schadensfälle eingeplant, die nicht ausreichen werden. Nach dem Rückgang der Flüchtlingszahlen mussten weitere Standorte aufgegeben werden, um die Kapazitäten dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Zudem fallen die Abstandszahlungen höher aus als ursprünglich angenommen. Hinzu kommt, dass sich einige Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf die Rückgabe von Objekten aus dem Jahr 2025 in das Haushaltsjahr 2026 gezogen haben und die abschließenden Zahlungen erst jetzt fällig wurden. Da die Vermieter einen Anspruch auf Instandsetzung der Mietsache haben, fallen um 1,87 Mio. € höhere Ausgaben an als geplant. Langfristig wird der Landkreis allerdings durch die Aufgabe dieser Standorte Miet- und Betriebskosten sparen und nur noch an langfristig sinnvollen bzw. eigenen Standorten festhalten. Gleichzeitig wird sich aufgrund gesunkener Flüchtlingszahlen auch bei den Trägern Personal reduzieren. Ab dem 3. Quartal wird daher mit rund 129 T€ geringeren Ausgaben als ursprünglich veranschlagt gerechnet.

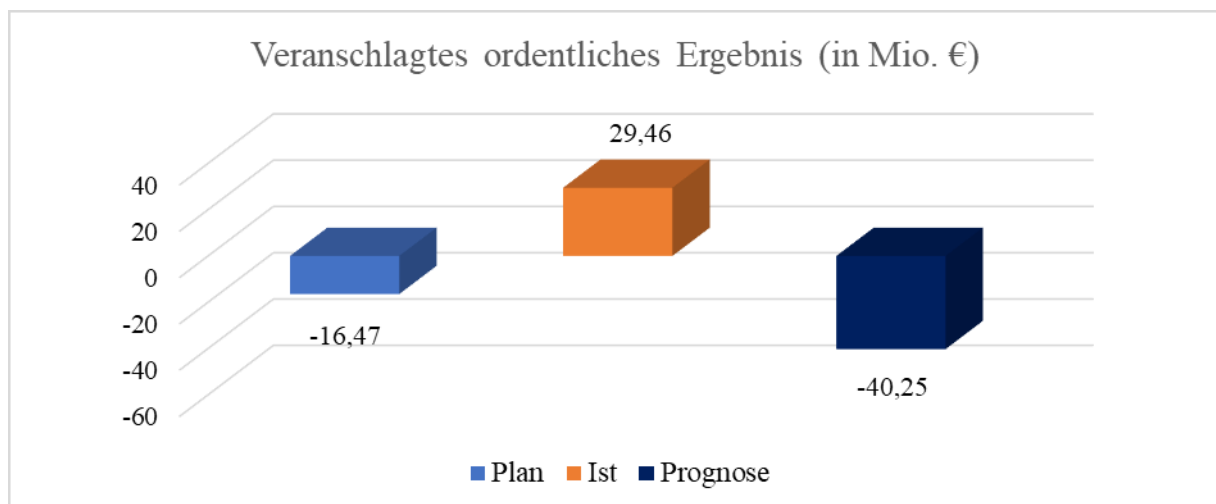
Nr. 19	Plan	Ist	Prognose
Ordentliche Aufwendungen	-1.096.733.853 €	-533.505.185 €	-1.118.114.983€



Aufgrund der dargestellten Veränderungen muss insgesamt mit 21.381.130 € höheren ordentlichen Aufwendungen gerechnet werden.

C. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis

Nr. 20	Plan	Ist	Prognose
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-16.465.699 €	29.462.472 €	-40.248.068 €

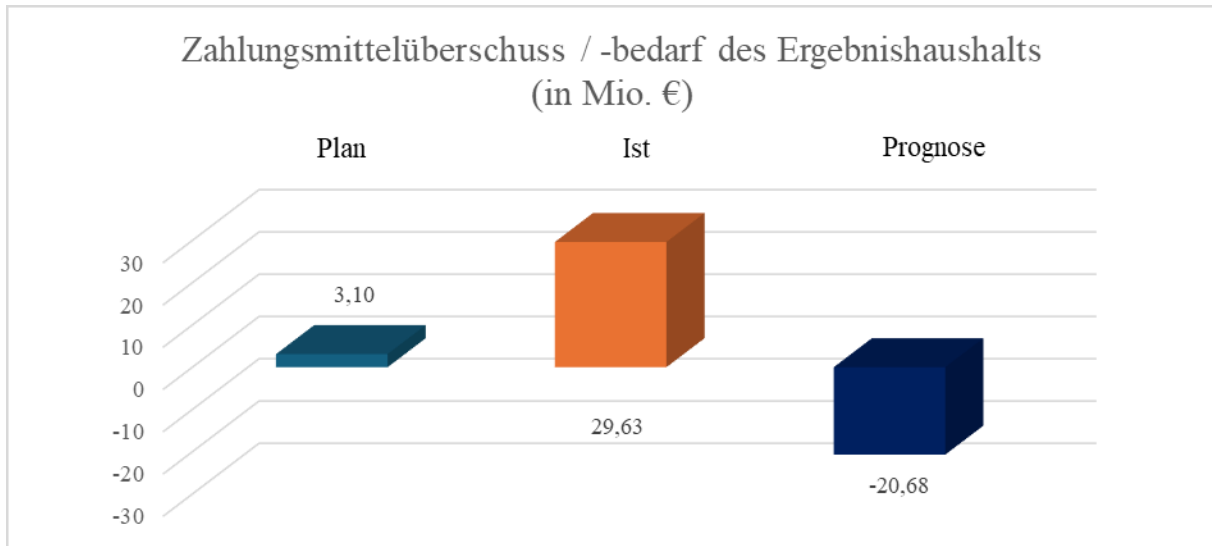


Die aufgezeigten Veränderungen ergeben im Ergebnishaushalt eine Belastung von 23.782.369 €.

Prognose Finanzhaushalt

A. Zahlungsmittelüberschuss bzw. -bedarf des Ergebnishaushalts

Nr. 17	Plan	Ist	Prognose
Zahlungsmittelüberschuss (+) / -bedarf (-) des Ergebnishaushalts	3.098.247 €	29.626.781 €	-20.684.122€

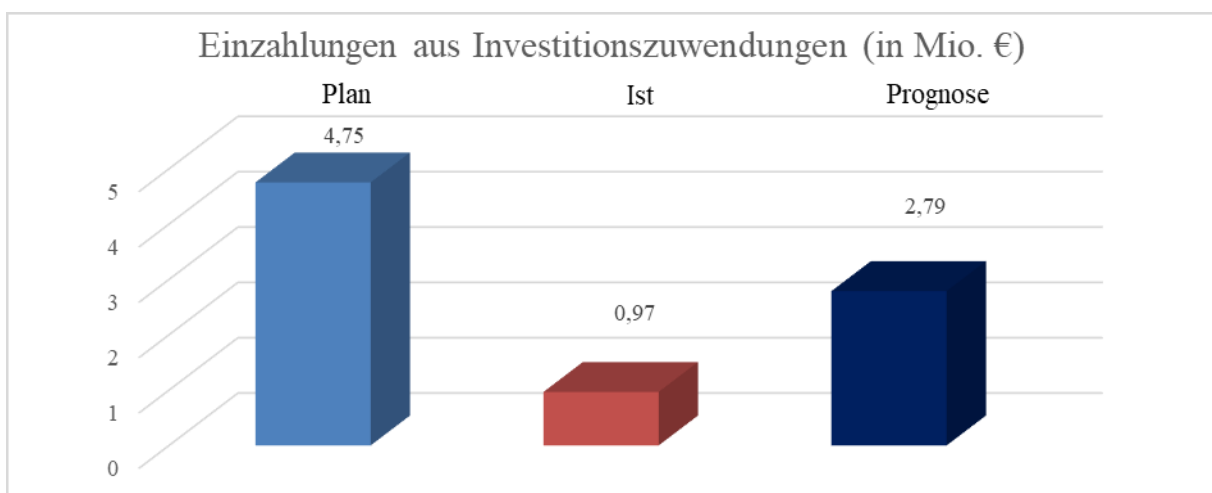


Die Verschlechterungen im Ergebnishaushalt von 23.782.369 € schlagen sich im Finanzhaushalt durch einen höheren Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts in gleicher Höhe nieder.

Der geforderte Mindest-Zahlungsmittelüberschuss von rund 8,7 Mio. €, der den ordentlichen Tilgungsauszahlungen (siehe Kapitel 2.C) entspricht, wird damit nicht erreicht.

B. Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Nr. 18	Plan	Ist	Prognose
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	4.752.500 €	966.562 €	2.789.062 €



Bei den Investitionszuwendungen sind geringere Einzahlungen von 1.963.438 € zu erwarten.

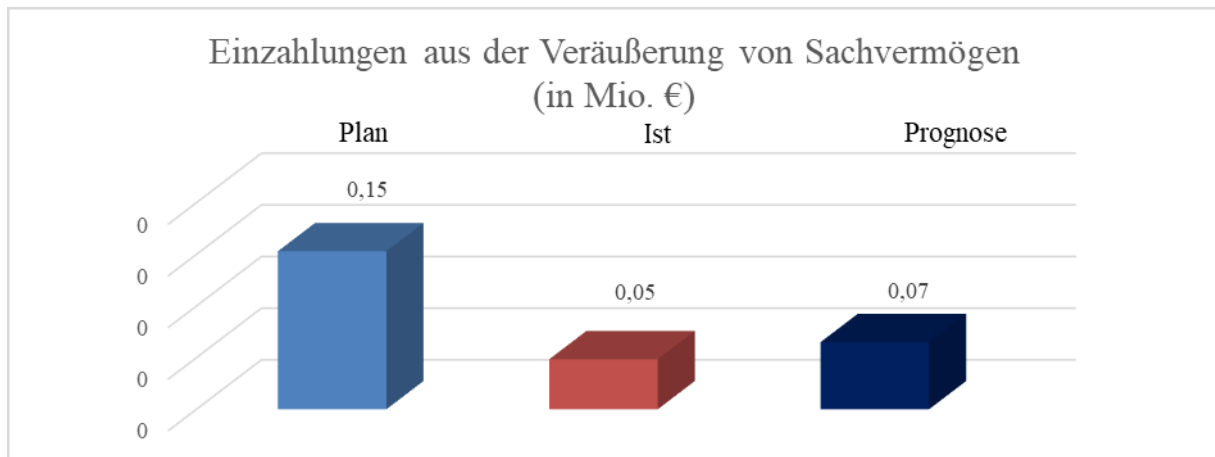
Wesentliche Veränderungen:

Beim Fachbereich Schulen ergibt sich durch eine Schulbauförderung des Landes für die Sanierung der Carl-Schaefer-Schule aus dem Förderjahr 2020 eine Mehreinzahlung in Höhe von 202 T€.

Im Bereich Straßen kommt es zu Mindereinzahlungen von insgesamt rund 1,9 Mio. €. Maßgeblich verursacht durch den Wegfall der ursprünglich geplanten Zuschüsse für in Höhe von 2,7 Mio. €. Da der Radschnellweg von Ludwigsburg nach Waiblingen erst im kommenden Jahr gebaut werden kann, fließen die ursprünglich geplanten Zuschüsse des Landes in Höhe von 2,7 Mio. € ebenfalls später. Dafür ergeben sich durch weitere Zuweisungen Dritter, unter anderem bei bereits beendeten Projekten, Mehreinzahlungen in Höhe von zusammen rund 814 T€.

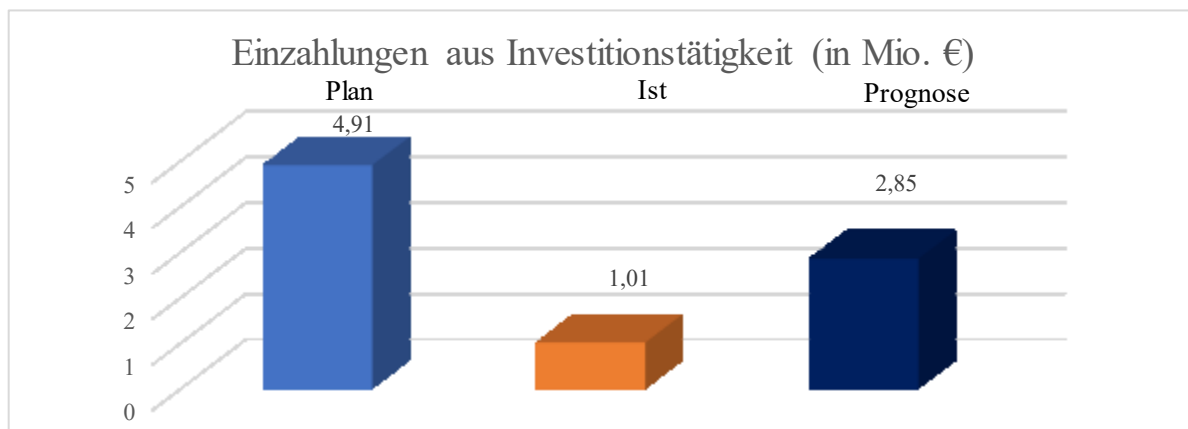
Im Bereich des Bevölkerungsschutzes verschiebt sich die Beschaffung des Einsatzleitwagen 2 (ELW 2) voraussichtlich in das Jahr 2027 (siehe Vorlage AUT_10/2026). Durch die langen Bearbeitungszeiten bei den Genehmigungen der Landeszuschüsse, ist somit erst im Jahr 2028 mit deren Auszahlung in Höhe von 260.000 € zu rechnen.

Nr. 20	Plan	Ist	Prognose
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	153.000 €	48.427 €	65.400 €



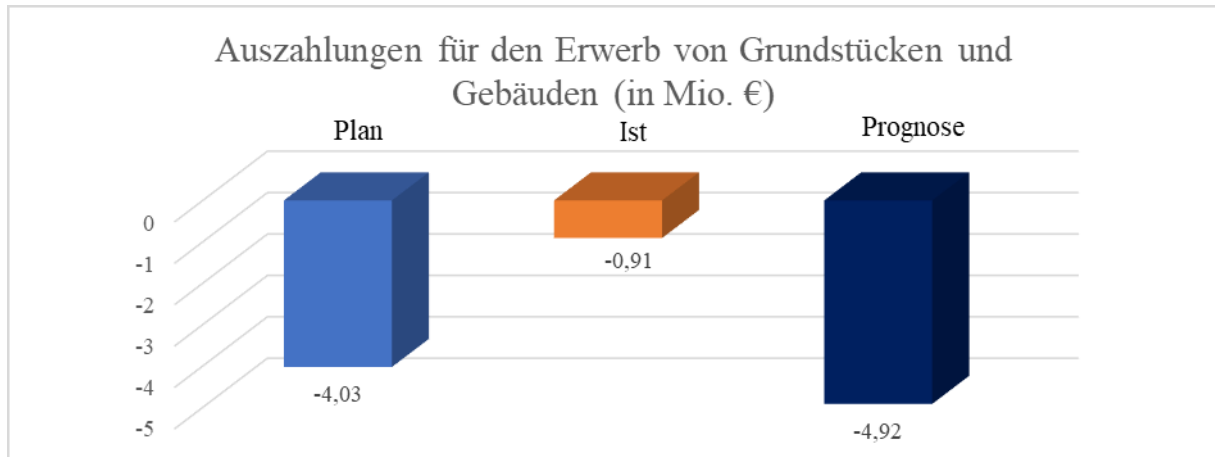
Bei den Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen wird mit Mindereinzahlungen in Höhe von rund 88.000 € gerechnet. Diese sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass die geplante Veräußerung einer geerbten Wohnung voraussichtlich dieses Jahr nicht mehr erfolgen kann (-150 T€).

Nr. 23	Plan	Ist	Prognose
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.905.500 €	1.014.989 €	2.854.462 €



Aufgrund der dargestellten Veränderungen wird insgesamt mit 2.051.038 € geringeren Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gerechnet.

Nr. 24	Plan	Ist	Prognose
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	- 4.025.000 €	-908.469 €	-4.915.598 €

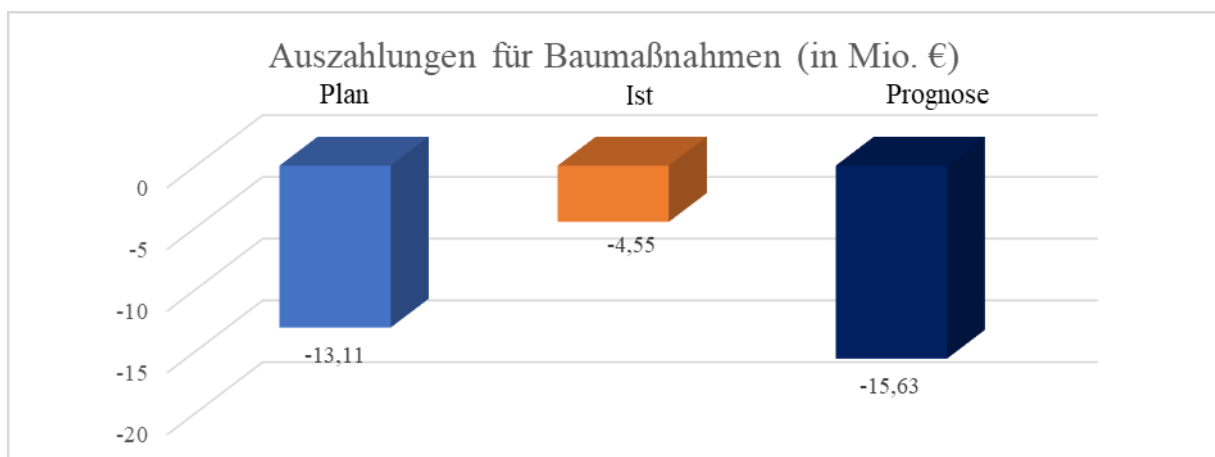


Insgesamt wird bei den Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden mit höheren Auszahlungen in Höhe von 890.598 € gerechnet.

Wesentliche Veränderungen:

Die höheren Auszahlungen ergeben sich aus der Ausnutzung der Ermächtigungsüberträge aus dem Haushaltsjahr 2025. Diese betreffen insbesondere die Grunderwerbskosten für das Katastrophenschutzzentrum von rund 571 T€ sowie für zahlreiche Straßenbaumaßnahmen.

Nr. 25	Plan	Ist	Prognose
Auszahlungen für Baumaßnahmen	-13.109.000 €	-4.550.667 €	-15.631.050 €



Für Baumaßnahmen werden voraussichtlich 2.522.050 € mehr abfließen.

Wesentliche Veränderungen:

Im Bereich Schulen fallen voraussichtlich rund 2,62 Mio. € an Mehrauszahlungen an. Diese sind auf die Ausschöpfung der gebildeten Ermächtigungsüberträge für die Baumaßnahmen in der Erich-Bracher-Schule (270 T€) und der Carl-Schaefer-Schule (780 T€), die Erweiterung des Schuldorfs

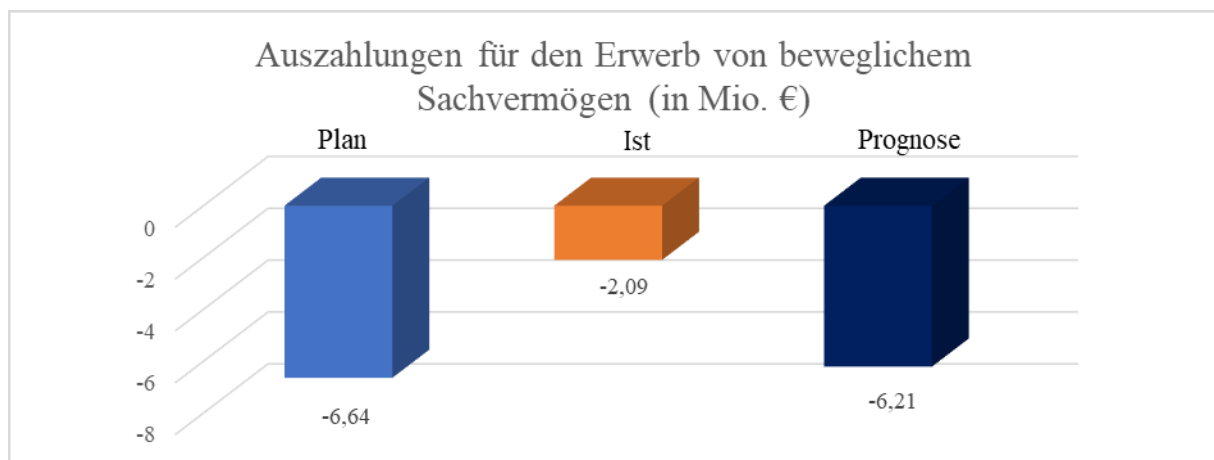
am Favoritepark (rund 668 T€) sowie die Erweiterung der Paul-Aldinger-Schule (rund 898 T€) zurückzuführen.

Im Bereich Asyl werden durch die Ausschöpfung des gebildeten Ermächtigungsübertrags für den Neubau von Unterkünften ebenfalls Mehrauszahlungen in Höhe von rund 633 T€ erwartet.

Auch der Fachbereich Hochbau und Liegenschaften erwartet Mehrauszahlungen von rund 1,19 Mio. € durch Ermächtigungsüberträge. Diese betreffen insbesondere die Planungskosten für das Katastrophenschutzzentrum (rund 179 T€), den Umbau des Mittelbaus in der Königsallee (rund 648 T€) sowie Maßnahmen am Kreishaus (220 T€).

Der Bereich Straßen rechnet dagegen insgesamt mit Minderauszahlungen von 1,99 Mio. €. Für den Radschnellweg Ludwigsburg – Waiblingen werden voraussichtlich 2,88 Mio. € weniger abfließen, da dieser erst ab nächstem Jahr gebaut werden kann. Die Erneuerung der Neckarwehrbrücke Hesseigheim wird zeitlich verschoben nach dem Ausbau der K 1618 zwischen Kleiningersheim und Hesseigheim (vgl. Vorlage KT_22/2026). Von den in diesem Jahr veranschlagten Planungskosten werden 450 T€ voraussichtlich nicht benötigt und können zur Finanzierung des Ausbaus der K 1618 zwischen Kleiningersheim und Hesseigheim herangezogen werden. Für diese werden in diesem Jahr 120 T€ für nicht veranschlagte Planungskosten benötigt. Weitere Mehrauszahlungen entstehen vor allem durch die Ausschöpfung der gebildeten Ermächtigungsüberträge, z.B. bei der K 1625 / K 1623 (Kreisverkehr Gemmingheim) mit erwarteten 600 T€, bei der K 1669 (Hochdorf – Affalterbach) mit 250 T€ und der K 1688 (Vaihingen-Ried – Eberdingen) mit 250 T€.

Nr. 26	Plan	Ist	Prognose
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	- 6.641.932 €	-2.090.241 €	-6.209.499 €



Im Verlauf des Jahres werden geringere Auszahlungen von 432.433 € beim Erwerb von beweglichem Vermögen erwartet.

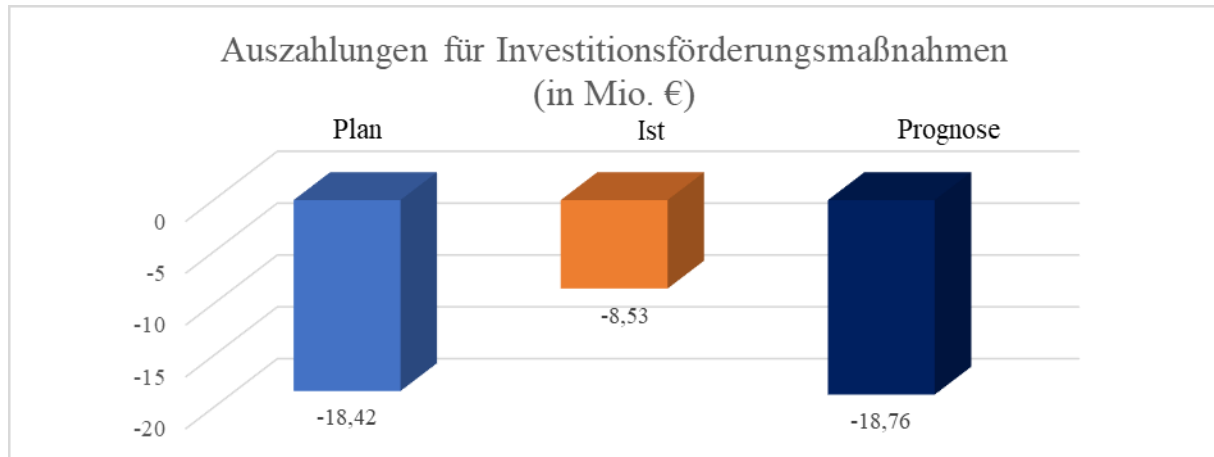
Wesentliche Veränderungen:

Im Bereich des Bevölkerungsschutzes kommt es voraussichtlich zu verminderten Auszahlungen in Höhe von rund 541 T€, wovon der größte Anteil auf die verzögerte Beschaffung des Einsatzleitwagen 2 (ELW 2) entfällt. Hier werden von den geplanten 700 T€ voraussichtlich nur 135 T€ abfließen.

Der Bereich Schulen rechnet ebenfalls mit Minderauszahlungen in Höhe von rund 274 T€. Höheren Auszahlungen von rund 738 T€ aufgrund von Ermächtigungsüberträgen für den Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung, Fahrzeugen sowie Maschinen stehen zu hohe Planansätze für Maßnahmen bei IT an Schulen von rund 1,0 Mio. € gegenüber.

Zu höheren Auszahlungen kommt es im Bereich der IT von rund 208 T€ sowie im Bereich Vermessung in Höhe von 124 T€.

Nr. 28	Plan	Ist	Prognose
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-18.416.700 €	-8.530.536 €	-18.756.804 €

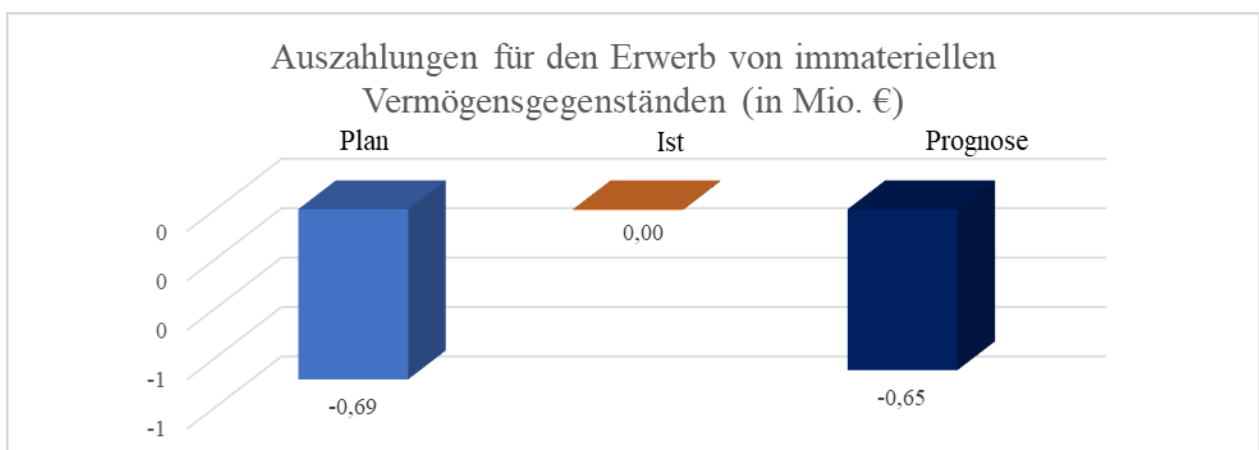


Für Investitionsförderungsmaßnahmen werden voraussichtlich 340.104 € mehr benötigt.

Wesentliche Veränderungen:

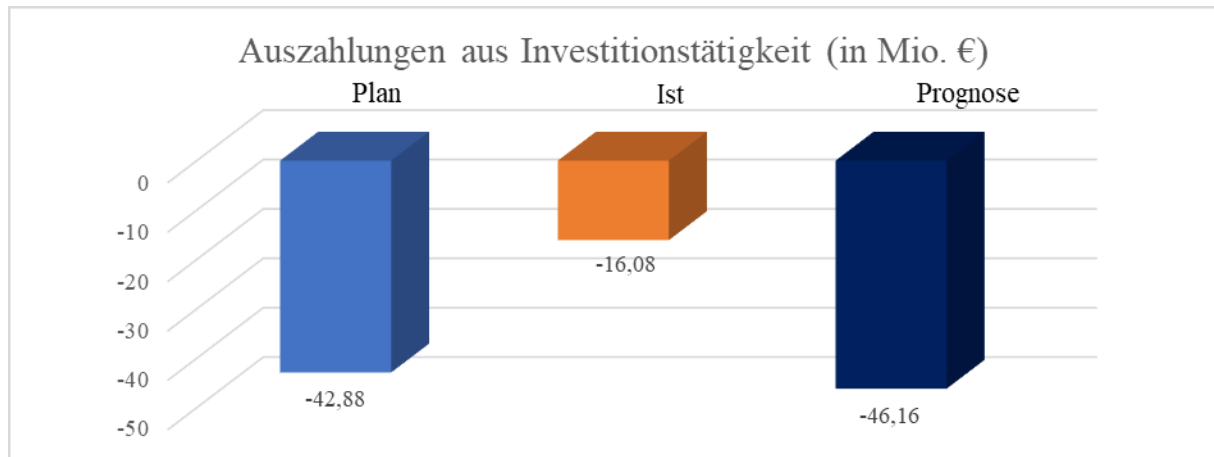
Mehrauszahlungen von voraussichtlich rund 160 T€ entstehen im Bereich Verkehr durch den Ermächtigungsübertrag für Zuweisungen an die Kommunen für Busbeschleunigungsmaßnahmen. Im Bereich Soziales, Pflege und Versorgungsangelegenheiten sind derzeit 200 T€ an Mehrauszahlungen zu erwarten, bei denen es sich ebenfalls um Ermächtigungsüberträge handelt.

Nr. 29	Plan	Ist	Prognose
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-689.068 €	-3.558 €	-651.712 €



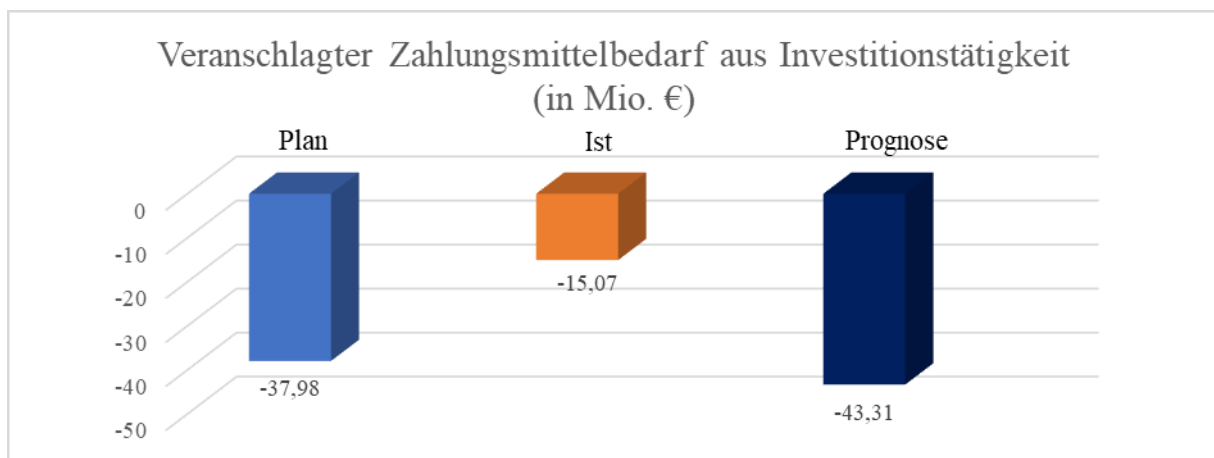
Beim Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen werden geringfügig geringere Auszahlungen in Höhe von 37.356 € im Bereich der Schulen erwartet.

Nr. 30	Plan	Ist	Prognose
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 42.881.700 €	-16.083.471 €	-46.164.663 €



Aufgrund der dargestellten Veränderungen muss insgesamt mit 3.282.963 € höheren Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gerechnet werden.

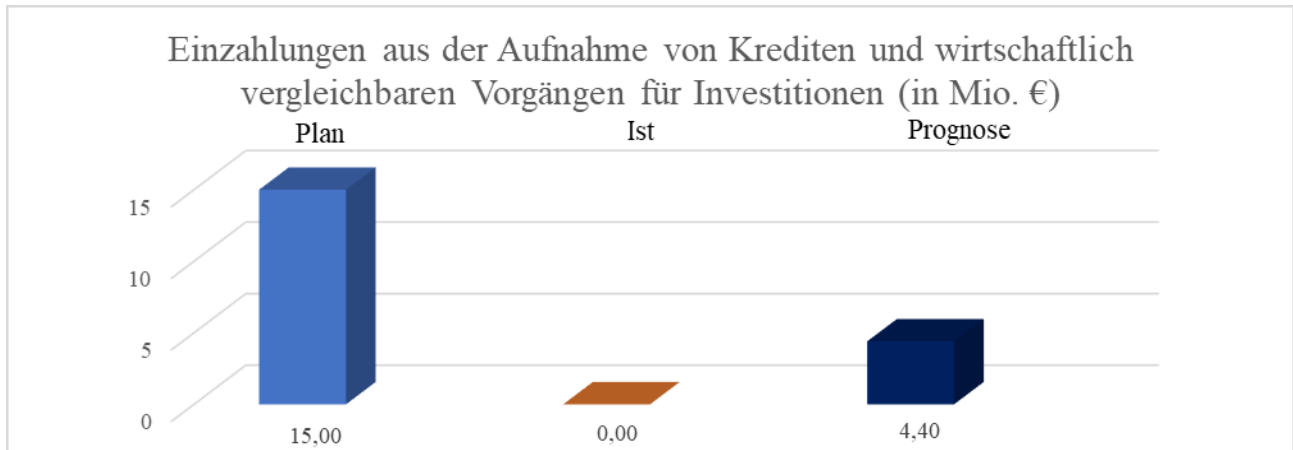
Nr. 31	Plan	Ist	Prognose
Veranschlagter Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-37.976.200 €	-15.068.481 €	-43.310.201 €



Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit erhöht sich durch die dargestellten Veränderungen um 5.334.001 €.

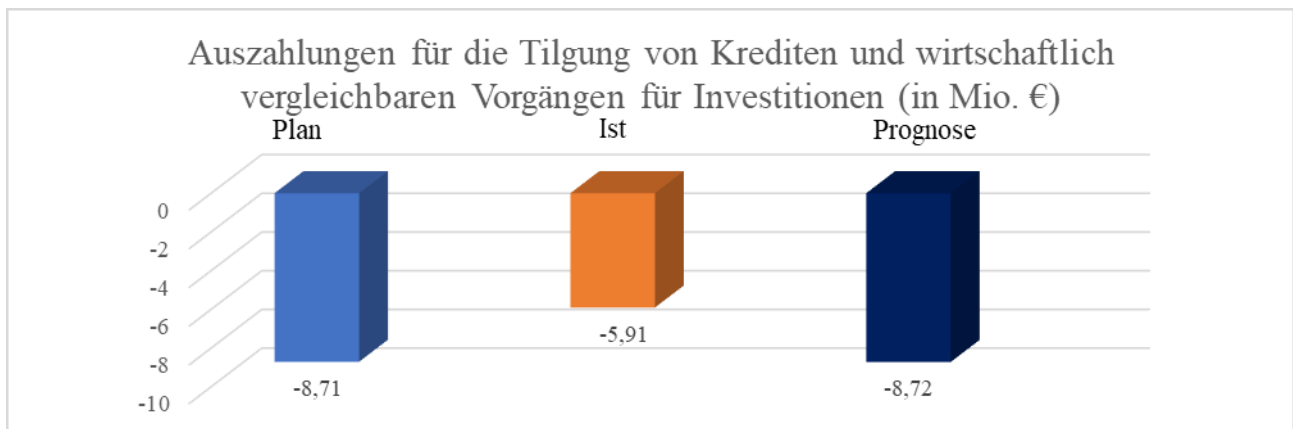
C. Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Nr. 33	Plan	Ist	Prognose
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	15.000.000 €	0 €	4.402.890 €



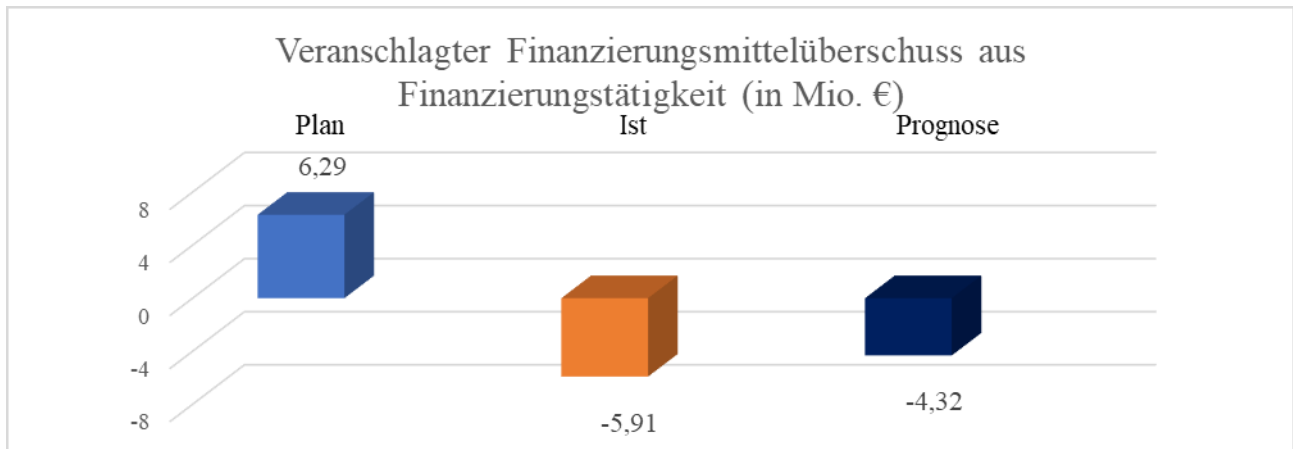
Die Kreditermächtigung 2026 soll aufgrund der Mittel aus dem Länder-und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) nicht in Anspruch genommen werden (vgl. Vorlage KT_08/2026, Anlage 1, OZ. 60-15). Die übertragene Restkreditermächtigung 2025 soll aber noch voll genutzt werden. Dies erfolgte durch die Aufnahme eines Darlehens bei einer Förderbank in Höhe von 4.402.890 € am 07.08.2026 zu einem Zinssatz von 3,39 %.

Nr. 34	Plan	Ist	Prognose
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-8.709.500 €	-5.908.605 €	-8.721.162 €



Die Hochrechnung des aktuellen Darlehensportfolios ergibt bei den Tilgungsauszahlungen einen marginalen Mehrbedarf in Höhe von 11.662 €.

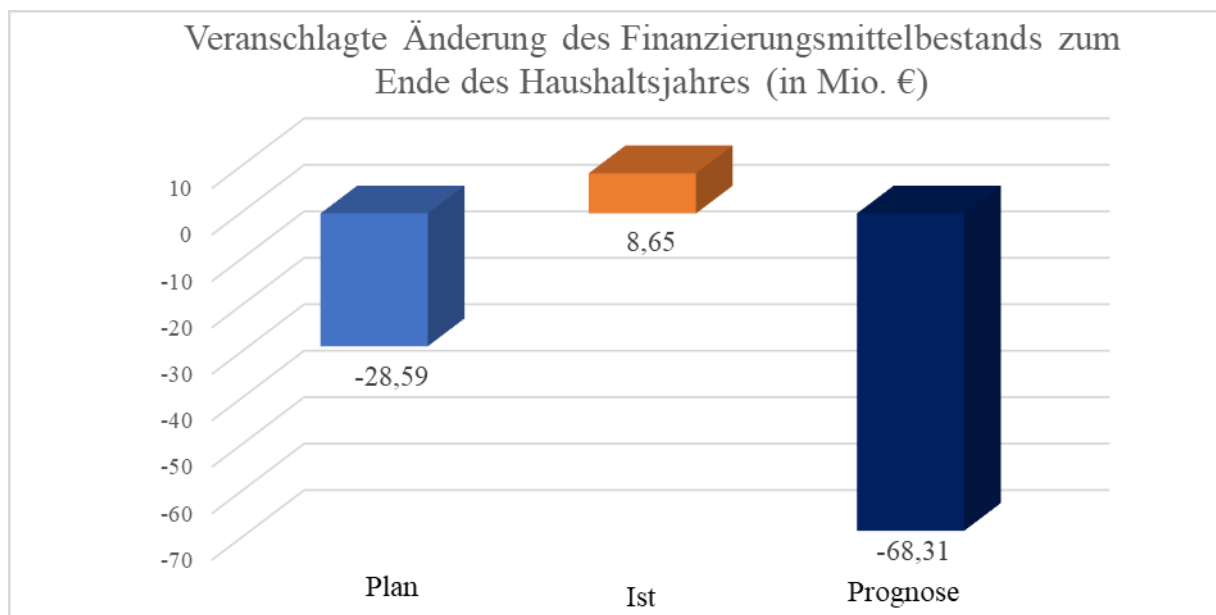
Nr. 35	Plan	Ist	Prognose
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss (+) / -bedarf (-) aus Finanzierungstätigkeit	6.290.500 €	-5.908.605 €	-4.318.272 €



Der veranschlagte Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit verringert sich aufgrund der oben dargestellten Gründe um 10.608.772 € und wird dadurch zu einem Finanzierungsmittelbedarf.

D. Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands und voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende

Nr. 36	Plan	Ist	Prognose
Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	-28.587.453 €	8.649.695 €	-68.312.595 €



Durch den höheren Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts, den höheren Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit und dem geringeren Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit erhöht sich die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestandes im Vergleich zum Haushaltsplan voraussichtlich um 39.725.142 €.

3. Zusammenfassung

Im Ergebnishaushalt wird sich das veranschlagte ordentliche Ergebnis von geplanten – 16,5 Mio. € um rund 21,3 Mio. € auf nun erwartete – 37,7 Mio. € erhöhen. Hauptursache für diese Verschlechterung sind die erforderlichen Nachzahlungen im Sozialbereich, die im Bereich des BTHG parallel mit geringeren Kostenerstattungen des Landes einher gehen.

Die Erhöhung des Defizits im Ergebnishaushalt führt im Finanzhaushalt zu einem Anstieg des Zahlungsmittelbedarfs des Ergebnishaushalts in gleicher Höhe. Hinzu kommt ein um rund 5,3 Mio. € höherer Zahlungsmittelbedarf aus der Investitionstätigkeit. Durch den Verzicht auf die Inanspruchnahme der Kreditemächtigung 2026 reduziert sich der Zahlungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit um rund 10,6 Mio. €. Dies führt dazu, dass sich die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands von – 28,6 Mio. € um rund 39,7 Mio. € auf prognostizierte – 68,3 Mio. € erhöht.